

4

81

Union in Deutschland

Bonn, den 5. Februar 1981

Nein zu höheren Steuern

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion wie die von der Union geführten Bundesländer haben im Bundestag bzw. Bundesrat die von der Bundesregierung geplante Erhöhung der Mineralöl- und der Branntweinsteuer zum 1. April 1981 im 1. Gesetzgebungsdurchgang einmütig abgelehnt.

Den Höhepunkt der viertägigen Haushaltsdebatte des Bundestages bildete ein Rededuell zwischen dem Bundeskanzler und dem Oppositionsführer. Helmut Kohl sagte in seiner Antwort auf fast zweistündige Ausführungen von Helmut Schmidt: Sie haben möglichst alle Antworten auf die wirklichen Probleme, auf die drängenden Fragen vermieden. Es war eine Mischung zwischen Selbstmitleid und Resignation. Und das ist ja auch das Bild, das Sie gegenwärtig bieten.

Was sich hier abspielt und darstellt, ist ein ganz einfaches Kartell der Macht: Sie tun alles, um an der Macht zu bleiben. So treibt das Regierungsschiff der Bundesrepublik Deutschland mehr oder minder führungslos auf den Gewässern dahin. Die beiden Kopiloten haben sich aneinandergebunden, und jeder wartet darauf, wann der andere das Tau kappt. Das ist die wahre innere Lage!

Auszüge aus den Reden der Debatte auf den Seiten 2 bis 15.

Berlin: Alle Kraft für die Wende am 10. Mai

Der Wahltermin 10. Mai ist ein Sieg der Berliner über die SPD und den amtierenden Senat, die Neuwahlen bis Ende des Jahres hinauszögern zu wollen, stellt Heiner Geißler fest. Das Ergebnis der von der CDU durchgeführten Unterschriftenaktion für Volksbegehren und Volksentscheid ist ein unübersehbares Zeichen des Wunsches der Bürger in Berlin nach einem Wechsel der politischen Verantwortung für ihre Stadt. Die Berliner SPD ist reif zur Ablösung.

Die von SPD und FDP ausgelöste innere Krise Berlins hat nicht nur eine innere, sie hat auch eine deutschland- und ostpolitische Bedeutung. Berlin ist aufgrund seiner geographischen Lage so etwas wie eine Visitenkarte freiheitlicher Demokratie und Politik für den anderen Teil Deutschlands und die kommunistischen Staaten Osteuropas. Die Berliner, der Souverän der Berliner Demokratie, haben jetzt die Chance, Unbestechlichkeit, Wahrhaftigkeit und Handlungsfähigkeit für die Berliner Politik zu erzwingen.

HELMUT KOHL

Sie sind ein Kanzler ohne Gefolgschaft in der eigenen Partei

Herr Bundeskanzler, was soll eigentlich draußen im Lande von den Repräsentanten unseres Staates, was soll in der Bundeswehr von einem Kommandeur eines Regiments, eines Bataillons, einer Kompanie erwartet werden, wenn er am Beispiel seines Dienstherrn, am Beispiel des Bundesverteidigungsministers, erlebt, wie der mit den öffentlichen Dingen, mit dem Geld des Steuerzahlers, mit den einfachsten Verwaltungsvorgängen umgeht?

Vierzehn Wochen nach der Bundestagswahl ist die Krise dieser Regierung unübersehbar. Diese Krise ist zunächst und vor allem auch eine Krise des Regierungschefs, ist der Verfall der Autorität des Bundeskanzlers, ist die ganze Unlust am Geschäft des Regierens, die aus ihm spricht.

Herr Bundeskanzler, Sie sind in der Zwischenzeit — und hier im Saal kann man es mit Händen greifen, wenn Sie die wirklichen nationalen Probleme ansprechen — ein Kanzler ohne Gefolgschaft in der eigenen Partei geworden.

Herr Bundeskanzler, Sie haben hier in einer Weise über das Thema Notwendigkeit von Kernkraft gesprochen, die Ihre ganze Mutlosigkeit und Resignation deutlich macht. Was können Sie denn eigentlich draußen im Lande von unseren Mitbürgern erwarten, die zum Teil in schwierige Diskussionen mit Gegnern jeglicher Art der Kernkraft stehen, wenn Sie auf die Frage der Kollegin aus Schleswig-Holstein erklären, Ihr

Ort der Diskussion für dieses Thema sei dieser Raum.

Das ist wahr für den deutschen Bundeskanzler, aber Sie sind doch nur deutscher Bundeskanzler geworden, weil Sie auch einer der stellvertretenden Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands sind.

Ich kann nur sagen, für mich ist das ein Beispiel für Ihren Mangel an Mut und für Ihren Mangel an Autorität, wenn Sie nicht auf Ihren eigenen Parteitag gehen. Wie sollen Sie denn in Ihrer Partei Autorität besitzen, wenn Sie in jener Landespartei, die Sie geprägt hat, aus der Sie in 30 Jahren hervorgegangen sind, auch als Abgeordneter des Deutschen Bundestages, wenn Sie im Hamburger Landesverband kneifen, wenn es darum geht, Position zu beziehen?

Herr Bundeskanzler, überlegen Sie doch einmal, wie dies beispielsweise auf die Polizeibeamten in Niedersachsen, in Hamburg und in Schleswig-Holstein wirken muß, die so wie Sie und ich in diesen Tagen in den Zeitungen gelesen haben, daß der große Schlag gegen Kernkraftwerke jetzt bei der Riesen demonstration mit über 100 000 Demonstranten in Brokdorf kommen werde.

Herr Bundeskanzler, warum sagen Sie denn nicht einfach: Ich bin nicht der Meinung des Herrn Gaus; ich halte das für ganz und gar falsch.

Herr Bundeskanzler, Sie haben sehr vieles Gutes über die deutsch-amerikanischen Beziehungen gesagt. Sie haben im Blick auf die neue Administration wörtlich gesagt: Es gibt keinen Grund, der neuen amerikanischen Administration in der europäischen Öffentlichkeit mißtrauisch zu begegnen.

Die Sprecher der Opposition

1. Tag 27. Januar 1981

Hans-Jörg Häfele
Lothar Haase (Kassel)
Rudolf Sprung
Erich Riedl (München)
Manfred Carstens (Emstek)
Horst Waffenschmidt
Dieter Schulte
Ignaz Kiechle

2. Tag 28. Januar 1981

Franz Josef Strauß
Richard von Weizsäcker
Peter-Kurt Würzbach
Alois Mertes
Herbert Hupka

Alfred Biehle
Elmar Pieroth
Herbert Köhler

3. Tag 29. Januar 1981

Friedrich-Adolf Jahn
Oscar Schneider
Heinz Riesenhuber
Heinrich Franke
Anton Pfeifer
Christian Lenzer
Hermann Kroll-Schlüter
Carl-Dieter Spranger

4. Tag 30. Januar 1981

Helmut Kohl

Herr Bundeskanzler: Wer ist eigentlich die europäische Öffentlichkeit? Ist das beispielsweise Ihre eigene Parteizeitung, der „Vorwärts“? Dort wird in einem Leitartikel der amerikanischen Administration von vornherein unterstellt, in der Reagan-Ära solle anstelle einer Ära des Friedens die globale Konfrontation mit der Sowjetunion treten.

Ja, meine Damen und Herren, das können Sie ja nicht einmal in sowjetischen Propagandablättern gegenwärtig lesen, daß sie die Reagan-Administration verdächtigen, sie wolle die Konfrontation.

Ihr Fraktionskollege Wolfgang Roth, mit dessen Stimme Sie ja auch Kanzler geworden sind, hat im Blick auf die neue US-Regierung unter Ronald Reagan gesagt, die handle nach dem Motto „Kanonen statt Butter“. Das sind für mich schreckliche Perspektiven. Jeder, der die deutsche Geschichte kennt, weiß, daß dieser entsetzliche Vergleich

auf Hermann Göring zurückgeht. Herr Bundeskanzler, das ist nicht die europäische Öffentlichkeit, das ist ein Fraktionskollege aus Ihrer eigenen Partei.

Das ist ein Stück der antiamerikanischen Kampagne, die von bestimmten Teilen der SPD seit vielen Jahren geführt wird. Ich sage nicht, daß Sie sich daran beteiligen. Ich sage nur, daß Sie zu schwach sind, diesen Leuten in der eigenen Partei zu widerstehen.

Sie haben da eine Rede gehalten, die sicher ganz weitgehend richtig war. Das allermeiste kann von uns so unterstrichen werden. Was sie etwa zur Freundschaft zu arabischen Ländern, insbesondere zu Saudi-Arabien sagten: voll einverstanden. Was Sie über die internationale Verantwortung auch der Bundesrepublik in dieser Region der Welt gesagt haben: voll einverstanden. Nur, Herr Bundeskanzler, wenn ich mich richtig erinnere, haben Kollegen

aus der Union vor der Bundestagswahl nach Afghanistan ähnliches gesagt. Damals ist doch bei der Wahl von Ihren Leuten in Nordrhein-Westfalen dann dieses Spektakulum gemacht worden, wir wollten deutsche Soldaten an den Persischen Golf schicken.

Herr Bundeskanzler, wir sagen doch den jungen Leuten in jeder Diskussion: Tut euren Dienst, wenn ihr es mit eurem Gewissen vereinbaren könnt, in der Bundeswehr! Was sollen wir antworten, wenn die uns sagen: „Ja, wir können uns beim Gelöbnis ja nicht einmal mehr in der Öffentlichkeit zeigen.“ Es ist eine böse Saat, die da gesät wurde und jetzt langsam aufgeht, jener gigantische semantische Betrug, der allein schon darin besteht, daß der Dienst in der Bundeswehr als „Kriegsdienst“ qualifiziert wird und der Ersatzdienst als „Friedensdienst“.

Das gab es noch nie in der Geschichte der Deutschen: eine Armee, die so ausschließlich Verteidigungs- und damit Friedensarmee war, wie es die deutsche Bundeswehr ist.

Sie weichen zurück, weil da gesagt wird, diese Tradition entspreche nicht mehr unserem Denken. Woher wissen Sie das denn eigentlich? Von den Gesprächen mit den Jusos? Sind die denn typisch für die junge Generation in Deutschland?

Sie weichen doch in Wahrheit zurück vor dem Zeitgeist — vor dem vermuteten Zeitgeist. Herr Bundeskanzler, der Zeitgeist ist ein launischer Geselle; der weht heute so und morgen so. Und politische Führung, die dementsprechend auch geistig-moralische Führung ist, prägt auch den Zeitgeist.

Wenn sich der Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland und

wenn sich die demokratischen Parteien dieses Hauses draußen hinstellen — das ist doch keine Frage von Regierung oder Opposition — und sagen: Frieden und Freiheit brauchen das Opfer auch der jungen Generation zur Verteidigung unseres Staates und unserer Verbündeten in der Welt, dann wird das, wenn wir es kämpferisch tun, wenn wir es beispielhaft vorleben, wenn unser Denken und unser Handeln wieder zusammenkommt, seinen Eindruck nicht verfehlen.

Herr Bundeskanzler, dazu brauche ich nur mit offenen Augen und Sinnen durchs Land zu gehen. Dies, die heutigen Schüler, ist eine Generation, die wieder, wie es Max Weber einmal für die Langemarck-Generation des 1. Weltkrieges beschrieben hat, eine tief-sitzende Sehnsucht nach Religiosität hat.

Religiosität war da nicht gleich Kirchlichkeit. Das war gedacht, waren Ideen. Man hat damals „Ideale“ gesagt. Dieses Wort ist leider in den letzten Jahren jener semantischen Umfunktionierung zerstört worden.

Die Jungen reden nicht von Idealen, sie reden von „Engagement“. Aber das ist doch im Ziel das gleiche. Engagement aber werden sie nur für eine Sache haben, von der sie überzeugt sind. Überzeugt können sie nur sein, wenn sie das Beispiel vor sich sehen.

Herr Bundeskanzler, geben Sie mit Ihrer Politik endlich ein Beispiel für Glaubwürdigkeit, für Mut, für Klugheit und für Stehvermögen! Das ist nicht nur Ihre Frage, die Frage des Abgeordneten Schmidt, es ist die Frage, die die Zukunft der Bundesrepublik Deutschland bedeutet.

FRANZ JOSEF STRAUSS

Es handelt sich um Strukturprobleme der gesamten Wirtschaft

Wir brauchen eine grundlegende Verbesserung der Wettbewerbsbedingungen für unsere Industrie, die allein marktwirtschaftsgerecht das außenwirtschaftliche Gleichgewicht wiederherstellen und einen für die deutsche Wirtschaft verderblichen Protektionismus mit Devisenbeschränkungen usw. vermeiden kann. Es geht dabei nicht nur um die Wettbewerbsfähigkeit unserer Exportgüter auf den Auslandsmärkten, es geht in weiten Bereichen auch um die Wettbewerbsfähigkeit von Inlandsprodukten gegenüber Importwaren.

Ich brauche hier keine großen Listen aufzuzählen, aber ich sage Stichworte: Optik, Fotoindustrie, Unterhaltungs- und Nachrichtenelektronik, Spielwaren, neuerdings auch Automobile, Kugellager, sogar Spielsachen, wie ich schon erwähnt habe. Aber hier sind in weiten Bereichen unsere Güter auf dem Inlandsmarkt nicht mehr wettbewerbsfähig. Man wird niemals eine stetige Konjunkturentwicklung durch staatliche Eingriffe erzielen können, bei der es eine gerade Mittellinie ohne Ausschläge gibt.

Hier handelt es sich aber nicht mehr um konjunkturelle Probleme, hier handelt es sich um strukturelle Probleme, und zwar nicht nur in Rand- und Grenzgebieten der Bundesrepublik Deutschland; es handelt sich um strukturelle Probleme unserer gesamten Wirtschaft.

Das heißt, die Kostenbelastungen und den Anstieg der Kostenbelastungen verringern. Die Höhe der Arbeits- und Arbeitsnebenkosten hat erheblich zu dieser Lage beigetragen. Ich bitte, auch endlich einmal davon freizuwerden, daß man bei der Äußerung solcher Überlegungen gleich in die Ecke „Arbeiterfeind“ gestellt wird. Der größte Feind der deutschen Arbeiterschaft ist der, der ihr die Arbeitsplätze stiehlt.

Den Anstieg der Kostenbelastung verringern und die Investitionsbedingungen verbessern: Ich weiß, daß angesichts des riesigen Schuldenberges Steuererleichterungen dafür, auch für Investitionen, leider kein aktuelles Thema sein können.

Aber es geht hierbei jetzt nicht nur um materielle, sondern auch um psychologische Probleme.

Das grundsätzliche Ziel einer Verbesserung der Rahmenbedingungen für private Investitionen auch in der Steuerpolitik, einer weiteren Senkung der ertragsunabhängigen Steuern, der Sicherung und Wiederherstellung eines Gleichgewichts zwischen direkten und indirekten Steuern und der Verbesserung der Eigenkapitalausstattung vor allem auch unserer mittleren Wirtschaft — das sind Ziele, die nicht aus den Augen verlorengehen dürfen, wenn wir auch jetzt leider infolge des Verlustes aller Spielräume sie nicht mit der Priorität behandeln können, wie wir es gewollt und auch geschafft hätten, wenn man sich von Anfang an so verhalten hätte, wie wir das in den siebziger Jahren vorgeschlagen haben.

Dafür ist aber auch die Wiedergewinnung der finanziellen Handlungsfähigkeit des Staates durch Abbau der Neuverschuldung eine unabdingbare Voraussetzung.

HANS-JÖRG HÄFELE

Bereits 16,9 Milliarden müssen allein für Zinsen aufgebracht werden

1981 soll der Bundeshaushalt gegenüber dem Soll 1980 um 4,8 Prozent wachsen. Damit hat die Bundesregierung ihr selbst gestecktes Ziel, 4 Prozent nicht zu überschreiten, nicht erreicht. Dabei bestehen noch schwere Risiken, z. B. bei den Steuereingängen und bei den Zuschüssen für die Bundesanstalt für Arbeit.

Selbst ohne jede Änderung wäre die vorgesehene Neuverschuldung mit 27,4 Milliarden Mark zu hoch. Es ist jedoch zu befürchten, daß die Neuverschuldung 30 Milliarden Mark überschreiten wird.

Dies bedeutet: Der Bund geht mit 61,4 Milliarden Mark brutto an den Kreditmarkt. 34 Milliarden Mark benötigt er zur Schuldentilgung. 16,9 Milliarden Mark muß er aufwenden für Zinsen und Kreditbeschaffungskosten. Von den 61,5 Milliarden Mark bleiben also für finanzwirksame Ausgaben nur 10,5 Milliarden Mark.

Noch schlechter ist die von der Bundesregierung vorgesehene mittelfristige Finanzplanung bis 1984. Noch in dieser Legislaturperiode wird die Neuverschuldung nicht mehr ausreichen, um auch nur den Zinsendienst zu finanzieren.

Dann hat der Staatskredit endgültig jeden Sinn verloren. Infolge der gewaltigen Risiken, welche die Bundesregie-

rung nicht in Zahlen eingestellt hat, ist zu befürchten, daß die Entwicklung in Wirklichkeit noch wesentlich schlechter verläuft.

Ergebnis: Die Neuverschuldung in den kommenden Jahren ist zu hoch. Die staatliche Handlungsfähigkeit ist eingeschränkt bis zur vollkommenen Handlungsunfähigkeit.

1981 werden durch Abgabenerhöhungen verschiedenster Art die Bürger und Betriebe um 11,7 Milliarden Mark mehr belastet. Demgegenüber bringt das letzte Steuerpaket eine Entlastung um 9,3 Milliarden Mark, wobei es sich ja nicht um eine Steuersenkung, sondern um einen verspäteten Teilabbau von heimlichen Steuererhöhungen handelt.

Zu dem Weg der Abgabenerhöhung sagt die CDU/CSU nein. Die Anhebung der Mineralölsteuer um 7 Pfennig (mit Mehrwertsteuer 8 Pfennig) steht in klarem Gegensatz zu der Ankündigung der Bundesregierung vor der Wahl, die Mineralölsteuer nur um 3 Pfennig zu erhöhen. Der Staat leistet Vorschub für eine weitere Preistreiberei.

Betroffen sind vor allem die Pendler, welche auf den Pkw angewiesen sind. Die Wirtschaft wird mit Mehrkosten belastet. Die schwer ringende Automobilindustrie wird zusätzlich beeinträchtigt. Die Wirkung auf die Ölstaaten kann nur darin bestehen, ihrerseits die Preise weiter in die Höhe zu treiben.

Bei der stärkeren Besteuerung des Brantweins und der Körperpflegemittel besteht die Gefahr, daß der Schaden gesamtwirtschaftlich größer wird als der Nutzen. Mittelständische Betriebe könnten gefährdet werden mit der Folge von zusätzlicher Arbeitslosigkeit.

LOTHAR HAASE

Wirksame Sanierungsmaßnahmen werden an der Union nicht scheitern

Das laufende Jahr wird unserem Volke leider bittere Wahrheiten offenbaren, und zwar im wirtschaftlichen wie im finanzpolitischen Bereich, die wir im Laufe der Jahre aufgezeigt und deutlich gemacht hatten und die von der Koalition nur allzuoft als Krisengerede und Panikmache abgewertet worden sind.

Erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik sind alle vier Ziele des Stabilitätsgesetzes gleichzeitig verletzt worden. Das macht die dramatische Situation aus. Da hilft es auch nichts, darauf hinzuweisen, daß die Situation in dem einen oder anderen Land vielleicht noch prekärer als in der Bundesrepublik ist. Nein, es gilt die Situation hier in diesem Lande zu würdigen.

Da müssen wir feststellen, daß erstens das Heer der Erwerbslosen in einem beängstigenden Umfang steigt, daß zweitens sich die Wirtschaft in einem rapiden Abschwung befindet, daß drittens die Preise unvermindert steigen, die Inflation galoppiert. Zu allem Überfluß — und das ist eine weitere Verschärfung unserer Lage — zeigt sich der Verlust unserer internationalen Wettbewerbsfähigkeit in einem riesigen Leistungsbilanzdefizit.

Zwischen 1975 und 1979 hat diese Bundesregierung in 20 sogenannten Konjunkturförderungsprogrammen 70 Milliarden DM verplempert. Nun sind die Kassen leer; wir müssen im Orient borgen gehen.

In den letzten zehn Jahren stieg die Staatsquote in unserem Land von 38 auf 45 Prozent, die Rate der öffentlichen Investitionen sank; die öffentliche Verschuldung stieg um 230 Prozent, aber die des Bundes um 1 500 Prozent. Wer wollte da noch bestreiten, daß man unter der Verantwortung von Herrn Matthöfer in Deutschland nach Kräften über die Verhältnisse gelebt hat!

Die Wechselkursverschlechterungen lassen die Auslandsreisen künftig so kostspielig erscheinen, daß die Zahl derer, die ihre Ferien im Ausland verbringen wollen, schon in diesem Jahr erheblich zurückgehen dürfte.

Um den Haushalt zu finanzieren, hat der Bund sich 1980 mit etwa 20 Milliarden im Ausland verschuldet. In welchem Umfang diese Schuldenaufnahme den deutschen Etat langfristig tatsächlich belastet, darüber kann man nur Mutmaßungen anstellen. Die Regierung schweigt sich beharrlich aus.

Die Schuldenpolitik hat die Bundesfinanzen in einen schlimmen Zustand gebracht. Sie ist an ihre finanzpolitischen Grenzen gestoßen. Die finanzielle Handlungsfähigkeit des Staates ist gefährdet. Eine Rückbesinnung auf die Eigenverantwortung, auf Leistungs- und Investitionsbereitschaft des einzelnen und der Wirtschaft ist erforderlich. Die gilt es zu stärken. Das wird es dem Staat auch erlauben, sich langsam über einen Zeitraum von mehreren Jahren wieder auf seine eigentlichen Aufgaben zu beschränken. Dann ergibt sich die Konsolidierung der Finanzen von selbst.

Die CDU/CSU wird im Haushaltsausschuß auf konkrete Aussagen der Regierungsparteien auch konkret antworten. Wirksame Sanierungsmaßnahmen werden an uns nicht scheitern.

HORST WAFFENSCHMIDT

Bund darf die Gemeinden nicht noch stärker belasten

Die Politik dieser Bundesregierung war und ist in vielen Bereichen eine Politik zu Lasten der Gemeinden und damit der Bürger. Die kommunalen Spitzenverbände haben vor wenigen Tagen ihre Finanzübersicht 1981 vorgelegt.

Das traurige Ergebnis ihrer Feststellungen lautet: Weniger Einnahmen der Gemeinden bei Steuern und Zuweisungen von Bund und Ländern, mehr Ausgaben bei der Ausführung der Gesetze, ca. 6 Milliarden DM Finanzierungsdefizit und ca. 10 Prozent weniger Investitionen. Dafür trägt der Bund maßgebliche Mitverantwortung; denn die meisten Gesetze und fast alle Programme des Bundes müssen die Gemeinden ausführen.

In dieser aktuellen Situation erheben wir als CDU/CSU-Bundestagsfraktion zwei Hauptforderungen an die Finanzpolitik des Bundes:

Keine neuen Gesetze mit neuen Ausgaben zu Lasten der Gemeinden. Koordination von Sachinitiativen und Finanzplanung ist notwendiger denn je. Wenn die Koalition neue Gesetze oder Pläne wünscht, die den Gemeinden neue Ausgaben bescheren, dann muß sie auch darlegen, wie das finanziert werden soll. Alles andere ist eine Irreführung der Bürger.

Die Union hat einen klaren Grundsatzbeschuß: Keine neuen ausgabenwirksamen Initiativen. Damit haben auch

die Gemeinden von uns aus eine klare Orientierung. Es darf nicht wieder so kommen wie in der Endphase der letzten Wahlperiode, als die Koalition Gesetze mit Milliardenlasten für die Gemeinden beschloß, ohne zu sagen, wie sie bezahlt werden sollen.

Wir lehnen es jedenfalls ab, daß Stadträte und Gemeindeparlamente kommunale Steuern anheben müssen, um damit das Geld zu beschaffen für die Ausführung der Bundesgesetze.

Unsere zweite Forderung lautet: Investitionsfähigkeit der Gemeinden stärken! Die traurige Folge der schlechten kommunalen Finanzsituation liegt darin begründet, daß gerade in diesem Jahr, wo wir Investitionen dringend brauchen, um Konjunktur und Arbeitsplätze zu stabilisieren, kommunale Investitionen zurückgehen und aufgeschoben werden müssen, weil einfach das Geld nicht da ist und bei vielen Gemeinden die Verschuldungsgrenze erreicht ist.

Stabilisierung der noch vorhandenen Investitionskraft der Gemeinden ist darum das Gebot der Stunde. Dies wird aber nur durch Vermeidung weiterer Ausgabelasten erreicht. Das ist viel besser als neue staatliche Ausgabenprogramme, die oft nur wirtschaftspolitische Strohfeuer erzeugen und den Gemeinden viele Folgekosten bringen. Auch aus kommunalpolitischer Sicht kann nur ein klares Nein zu solchen staatlichen Ausgabenprogrammen gesagt werden. Aber Stärkung der Investitionsfähigkeit der Gemeinden ist nicht nur eine Finanzfrage, sondern auch die Aufgabe, Investitionshemmnisse zu vermeiden.

RICHARD VON WEIZSÄCKER

Moskau setzt auf innere Schwächen im freien Berlin

Ich knüpfe an eine Äußerung an, die aus der Sowjetunion zu deutschen Vorgängen gemacht worden ist. Es gab da eine Erklärung der sowjetischen Botschaft aus Ost-Berlin an die Berliner Schutzmächte und eine entsprechende Erläuterung in einer sowjetischen Zeitung.

In beiden Reaktionen wurden die Wahl des Regierenden Bürgermeisters in Berlin, der Import von Bundespolitikern nach Berlin und auch die möglichen Aussichten bei einer Neuwahl in Berlin kritisch kommentiert und Verstöße gegen das Viermächteabkommen reklamiert. Ich möchte dazu von mir aus nur feststellen: Gewählt wird in Berlin im Abgeordnetenhaus; gewählt wird der Senat nicht im Bonner Baracken-Tempel der SPD oder im Adenauerhaus. Dort, im Berliner Abgeordnetenhaus, hat jeder Deutsche die Möglichkeit, gewählt zu werden.

Ich glaube, die Sowjetunion weiß zweierlei ganz genau. Erstens: Berlin ist der Platz, wo die Vereinigten Staaten nicht nur bei Freunden, als Bündnispartner anwesend und hilfreich sind, sondern auch unmittelbar und in eigener Souveränität engagiert sind.

In Berlin ist Amerika selbst und direkt europäische Macht.

Zweitens: Das Ziel der Sowjetunion ist es ja nach wie vor, das Verhältnis zwischen den Amerikanern und ihren europäischen Allianzpartnern innerhalb des Bündnisses aufzuweichen, Ansätze aus-

zunutzen, wie sie sich der Sowjetunion da und dort anbieten.

Das, was die Sowjetunion in bezug auf Berlin als Ziel verfolgt, ist nicht die Erzeugung und Ausnutzung von Krisen von außen, sondern sie setzt auf eine innere Auszehrung, auf eine innere Krise, auf innere Schwächen im freien Berlin.

Was auch immer Wahlen in Berlin bringen mögen, unsere gemeinsame Aufgabe ist es, zu zeigen, an der Kraft der Berliner zur Selbsthilfe und an der Zugehörigkeit und Solidarität aller Deutschen mit ihren Berlinern mögen sich alle in der Welt ihre Zähne ausbeißen. Wenn es den Berlinern wirklich einmal schlecht geht, dann werden sie stark. Im Innern stark zu sein, das ist zugleich auch der wichtigste Beitrag zu einer Sicherung der Lage nach außen.

Wir müssen alle miteinander bescheidener werden. Wir dürfen nicht alles vom Staat erwarten. Wir müssen auf die Selbsthilfe, auf die persönliche Mitverantwortung setzen — als die Quelle der Solidarität und als die wichtigste Bestandsgarantie der Freiheit.

Ich denke, wir sind uns in bezug auf Ziele dieser Art einig. Aber wir sind von unserem programmatischen Ansatz, wie sie zu erreichen seien, verschiedener Meinung. Über diese Meinungsverschiedenheiten vor der deutschen Bevölkerung zu ringen, das ist unsere Aufgabe.

In diesem Sinne vertreten wir unsere Einstellung zu dem von uns vorgelegten Haushalt, der nach unserer Überzeugung Ausdruck einer staatlichen Politik ist, die uns nicht aus den Problemen herausführt, sondern nur tiefer hinein. Der stellen wir unsere Alternative des selbsttuenen Bürgers gegenüber, dem der Staat jede nur mögliche Hilfe zu gewähren hat.

PETER KURT WÜRZBACH

Apel bedeutet: Unsicherheit Unberechenbarkeit Unglaubwürdigkeit

Die Geschichte und die Erfahrungen der letzten 35 Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg lehren, daß der Frieden nur dann und dort erhalten werden kann, wo Gleichgewicht und Stabilität besteht, wo vor Übergriffen abgeschreckt wird und das damit verbundene Risiko für einen Angreifer unkalkulierbar ist.

Wer — aus welchen Gründen auch immer — daran rüttelt, redet dem Ungleichgewicht das Wort und schafft Spannungen. Der gefährdet den Erhalt des Friedens und ermutigt andere zum Unfrieden.

Daher ist dem Verteidigungsminister zuzustimmen, wenn er auf einer Veranstaltung sagte, daß, wer den Frieden ohne Waffen erhalten wolle, sich folgerichtig auch ausdrücklich dazu bereit finden muß, notfalls auch in einem System à la DDR zu leben.

Die Lage im konventionellen Bereich der Bündnisse ist hinreichend bekannt. Bei Raketen hat die UdSSR gehandelt. So sind in den letzten Jahren fünf neue atomare Raketensysteme eingeführt worden: SS-20, Backfire-Bomber, SS-21, SS-22, SS-23. Wo bleibt angesichts dieser einseitigen Aufrüstung die öffentliche und internationale Verurteilung?

Warum ruft Egon Bahr nicht zu Bürgerinitiativen gegen diese Art der Vorrüstung auf — wo ihm doch bekannt sein müßte, daß die SS-20 zum Beispiel mit drei Sprengköpfen eine Reichweite von 4 500 km hat, mit einem Sprengkopf jedoch 8 500 km!

Vor diesem Hintergrund steht die Bundeswehr. Die Vorgänge um „Tornado“ zeigen, daß der Bundesverteidigungsminister dieses Ministerium weder führen noch verwalten kann, daß er es nicht im Griff hat. Sonst könnte ihm dieses größte Rüstungsobjekt nicht so aus der Hand geglitten sein.

Die widersprüchlichen Aussagen und Einlassungen, die Reaktionen des Ministers in den letzten Wochen vermitteln immer mehr den Eindruck von Unsicherheit, Unglaubwürdigkeit, Unberechenbarkeit.

Beispiel: Zunächst seine Behauptung, im Jahre 1980 von der gewaltigen Finanzlücke beim „Tornado“ nichts gewußt zu haben — bis zum November 1980. Dieses, obwohl er im Februar von Staatssekretär Dr. Schnell auf das Fehlen von 650 Millionen allein in den Jahren 1980/1981 hingewiesen worden war. Er hat dann stückweise zugegeben, daß ihm das auf 48 Seiten vorgelegen hätte. Nun ist eine Version, die 48 Seiten seien zu lang gewesen, und er habe es nur deshalb abgezeichnet, weil der Staatssekretär „so ein netter Mensch“ sei. Er hätte es aber nicht gelesen.

Die andere Version ist, daß er es doch gelesen habe, es aber nicht geglaubt habe, da einige Wendungen im Konjunktiv dargestellt waren. Was wußte er also? Was wußte er wann und von wem?

Hat sich der Minister eigentlich einmal gefragt, welchen Eindruck die Bürger von einem derartigen Umgang mit ihren Steuergroschen haben müssen? Der Bürger nämlich, der dies alles ja schließlich bezahlen muß. Was würde wohl mit dem Vorsitzenden eines Sportvereins, einem Kassierer oder einem ihrer Untergebenen geschehen, der seine Geschäfte in ähnlicher Weise liederlich führt?

ELMAR PIEROTH

CDU/CSU haben ein klares Konzept für die Entwicklungspolitik

Wir stellen drei Hauptforderungen:

1. Entwicklungspolitik muß die richtigen Schwerpunkte setzen:

— Der Kampf gegen die Massenarmut muß ins Zentrum rücken und unsere Hilfe muß bei den armen Massen ankommen.

— Die Entwicklungsländer müssen zu kaufkräftigen Wirtschaftspartnern werden — untereinander und mit uns.

2. Der wirtschaftliche Sachverstand muß stärker zum Einsatz kommen — bei uns, in den internationalen Beziehungen und in der Dritten Welt.

3. Unsere entwicklungspolitischen außen- und sicherheitspolitischen Interessen müssen besser abgestimmt werden zu ihrem wechselseitigen Nutzen. Sie müssen fest in einem westlichen Gesamtkonzept verankert werden.

Was heißt das für die praktische Entwicklungspolitik?

Punktuelle Projekte helfen bei Massenarmut nicht. Wir müssen mit unseren begrenzten Mitteln breit an den Interessen und Initiativen von 800 Millionen Menschen anknüpfen; ihre Wirtschaftskraft, das brachliegende Potential an kleinen Mittelständlern, Handwerkern, Bauern muß sich entfalten.

Diese Menschen sind keine passive Masse. Diese Menschen ziehen in die Slums der Großstädte, weil sie dort Arbeit erhoffen. Und Produktivkraft liegt immer noch massenhaft brach in den riesigen Landstrichen, die fruchtbar

sind, aber zu wenig genutzt werden: weil die Agrarpreise nicht stimmen, weil das Eigentum nicht breit genug gestreut ist und Absatzwege vernachlässigt wurden. Was muß geschehen?

In den armen Regionen kommt es nicht auf Millionenprojekte an, sondern auf Millionen von Projekten dieser Menschen selbst. Dann entstehen kleine, selbsttragende Wirtschaftskreisläufe, viele Arbeitsplätze dort, wo die Menschen wohnen, auch die passende Technik. Das heißt für die Umsetzung: ländliche und gewerbliche Entwicklung, Ausbildung von Handwerkern und Führungskräften, kleine lokale Kreditsparkassen, Einkaufsgenossenschaften, örtliche und regionale Vertriebsorganisationen. Dafür ist zwar auch viel Geld, aber in kleinerer Stückelung erforderlich: für Kleinkredite, Zuschüsse, Bürgschaften, Material und personelle Hilfe.

Und das hat auch politische Voraussetzungen, Freiräume im wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen und politischen Sinn.

Was muß bei uns geschehen?

Es reicht nicht aus, ständig über den Ölpreisanstieg zu klagen, auch mit Blick auf die wachsende Verschuldung und die drängenden Zahlungsbilanzprobleme der meisten Entwicklungsländer. Deshalb wollen wir endlich Vorschläge hören und Taten sehen:

Im Etat des zuständigen Ministers, in der Realität der Projekte, gegenüber der OPEC. Bei der Mobilisierung unserer mittelständischen Wirtschaft für regenerative Energieprojekte in der Dritten Welt; und hier im Kabinett, in den Koalitionsparteien, wenn es um bessere Energienutzung, um Kernenergie und Importkohle geht.

FRIEDRICH-ADOLF JAHN

Wohnungsbaupolitik der SPD/FDP ist ein öffentliches Ärgernis

Mut zur Zukunft, so heißt es regierungsamtlich. Dieser Mut ist in der Wohnungsbaupolitik längst in Unmut umgeschlagen. Die Wohnungsbaupolitik der letzten 12 Jahre unter den sozialdemokratischen Wohnungsbauministern Lauritzen, Vogel, Ravens und Haack hat sich zum öffentlichen Ärgernis entwickelt.

Die Kosten auf dem Wohnungsmarkt sind in den letzten Jahren ständig gestiegen und haben ein außerordentlich hohes Niveau erreicht. Dieser Anstieg der Grundstücks- und Baupreise, besonders aber die Zinsen, macht zahlreichen Bauwilligen die Verwirklichung ihres Wunsches nach Wohneigentum unmöglich. Die kaum abzuschätzende Entwicklung der Energiekosten dürfte diesen Trend weiter verstärken.

Was die Baulandpreise anbetrifft, ist es für uns nach wie vor unverständlich, warum SPD und FDP unseren Antrag vom 11. Oktober 1977 abgelehnt haben, daß in größtmöglichem Umfang unbebaute Grundstücke der öffentlichen Hand für den Bau von Familieneigenheimen und eigengenutzten Eigentumswohnungen verkauft werden.

Was die gestiegenen Baukosten anbetrifft, so gibt es hierfür mannigfache Ursachen. Der Bundesregierung müssen wir entgegenhalten, daß sie kaum etwas getan hat, um staatliche Bürokratie abzubauen. Notwendig wäre ein Gesetz zum Abbau von Gesetzen, auch in der Wohnungspolitik. In einer einstimmig

gefachten Entschließung des Deutschen Bundestages vom 17. Oktober 1974 ist die Bundesregierung beispielsweise ersucht worden, „einen Gesetzentwurf vorzulegen, der das derzeit zersplitterte Recht über die soziale Sicherung des Wohnens bereinigt und diese Vorschriften einheitlich und für die Betroffenen verständlich und übersichtlich zusammenfaßt“.

Die Position der CDU/CSU: Bestimmendes Ordnungssystem muß auch im Wohnungsbau die Soziale Marktwirtschaft sein. Die Wohnungswirtschaft ist daher unter sozialer Absicherung der einkommensschwachen Bevölkerungskreise schrittweise in die Soziale Marktwirtschaft einzubinden.

Eine Änderung der mietrechtlichen Rahmenbedingungen ist zwar nicht die einzige, aber eine der wesentlichen Voraussetzungen dafür, daß Investitionen im freifinanzierten Wohnungsbau wieder attraktiver werden.

Die CDU/CSU hält an ihrem ordnungspolitischen Ziel fest, privates Eigentum an Grund und Boden und an Wohnungen breiter zu streuen.

Junge und kinderreiche Familien müssen frühzeitiger Wohnungseigentum erlangen können.

Da nicht alle Bürger Eigentum an der Wohnung erwerben können oder wollen und für sie die Mietwohnung Mittelpunkt ihres Lebens ist, ist ein gesetzlich festgelegter Schutz des Mieters gegenüber nicht gerechtfertigten Kündigungen unverzichtbar.

Die Union bejaht die Regelung, daß die Kündigung zum Zwecke der Mieterhöhung ausgeschlossen ist.

Auf der anderen Seite muß die Möglichkeit eingeräumt werden, Mieten zu erzielen, die die Wirtschaftlichkeit des Hausbesitzes gewährleisten.

KARL-HEINZ RIESENHUBER

Energiepolitik: Sieben Jahre sind vergeudet

Die Struktur unserer Energieversorgung ist in keiner Weise entscheidend verbessert worden. Die Bilanz, sieben Jahre nach der ersten Ölkrise, ist miserabel.

Wir haben 1973 rund 84 Millionen Tonnen Kohle verbraucht. 1980 haben wir 78 Millionen Tonnen Kohle verbraucht. Wir haben nicht mehr Kohle eingesetzt, sondern weniger. Die Kernenergie trug bei der ersten Ölkrise ein Prozent zu unserem Energiebedarf bei. In 1980 waren es noch nicht einmal vier Prozent. 45 000 oder besser noch 50 000 Megawatt Kernkraft hatte die Regierung nach der ersten Ölkrise für 1985 vorgesehen. Ein Drittel davon wird allenfalls erreicht.

Die Energieeinsparung durch drei Dutzend Gesetze, Verordnungen, Verwaltungsvereinbarungen seit 1973 hat keinen Durchbruch gebracht. Die Preise steigen rapider als unsere Fähigkeit, einzusparen. Sieben Jahre sind vergeudet. In diesen sieben Jahren hätten die neuen Energieversorgungsstrukturen für die knappen Jahre angelegt werden müssen.

Was wir aber heute brauchen, das ist nicht ein Routinepapier. Wir brauchen einen ehrlichen Neubeginn. Die Luxusdebatten der Parteitage müssen vorbei sein. Wir können nicht beliebig lange zwischen beliebigen Optionen wählen. Was diese Regierungsfaktionen versäumen, ist die Zukunft.

Importkohle soll einen wachsenden Anteil zu unserer Energieversorgung beitragen. Aber noch ist die Hälfte der Neubestellungen Kessel ölbefeuert. Deutsche Beteiligungen im Ausland an Kohlelagerstätten sind ebenso selten wie langfristige Bezugsverträge. Die Weichen für die Zukunft sind auch bei der Kohle nicht rechtzeitig gestellt.

Die Bundesregierung hat Vor-Projekte zur Kohleveredelung in Auftrag gegeben. Wenn die Projekte einen Sinn haben sollen, dann müssen sie zu Großanlagen führen. Graf Lambsdorff beklagt in der letzten Debatte, daß eine Kohleveredelungsanlage in Norddeutschland wegen Schwierigkeiten im Genehmigungsverfahren nicht gebaut werden könne.

Graf Lambsdorff spricht, als wäre dies nicht seine Regierung, die über Jahre versäumt hat, diesen Rahmen zu schaffen. Er spricht so, als hätte die Bundesregierung wenig damit zu tun, daß nicht nur Kohleveredelungsanlagen in Frage gestellt sind, sondern heute schon Kohlekraftwerke blockiert sind.

Es ist eine Frage der politischen Bedingungen, ob ein Kohlekraftwerk Voerde in vernünftigen Zeiträumen durchgezogen werden kann. Es ist schlichtweg ein Skandal, daß die Landesregierung Nordrhein-Westfalen Bürgschaften gegen das politische Risiko einer Inbetriebnahme von Voerde übernehmen muß, weil das Ergebnis der Genehmigungsverfahren undurchschaubar geworden ist.

Wir brauchen alle Energien, und wir brauchen auch Kernkraft; nicht, weil ihr Beitrag schon groß ist, sondern weil sie Zuwachschancen hat, und weil sie Rohstoff ersetzt, der knapp wird.

ANTON PFEIFER

Grundbegriffe unserer demokratischen Verfassung nicht auf den Kopf stellen

Es ist eine schlimme Entwicklung, die ohne Zweifel auch in unseren Schulen eine Ursache hat, wenn sich mehr oder weniger ganze Abiturientenklassen auf den Standpunkt des „Ohne-mich“ stellen und den Dienst in der Bundeswehr verweigern, und daß heute in der Bundeswehr in erster Linie diejenigen dienen, die aus Haupt-, Real- und Berufsschulen kommen.

Aber was kann denn anderes erwartet werden, wenn in einer Vielzahl schulischer und außerschulischer Bildungseinrichtungen auch mit Hilfe von Anhängern und Mitgliedern der SPD und FDP Grundbegriffe unserer demokratischen Verfassung auf den Kopf gestellt werden, wenn Ersatzdienst als Friedensdienst bezeichnet und der Dienst in der Bundeswehr als Kriegsdienst denunziert wird.

Solange SPD und FDP es zulassen, daß aus ihren eigenen Reihen Mitglieder sich an diesen oder ähnlichen Verwirrungen der Begriffe beteiligen, oder solange z. B. in Hamburg, dessen Abgeordneter der Bundesverteidigungsminister ist, die SPD Kommunisten als Lehrer auf Lebenszeit in den Schuldienst übernimmt, solange kann es nicht verwundern, wenn in der jungen Generation sich die Maßstäbe verschieben und allein aus der semantischen Veränderung der Begriffe allmählich eine innere Aushöhlung der Grundwerte entsteht, von denen unsere Verfassung geprägt ist.

Aber nicht nur solches wird der Jugend eingeredet. Zu den Zielen der „Pädagogik der neuen Linken“ gehörte auch die Ablösung der Jugend von den Familien, die Verteufelung bewährter Erziehungsträger, der Abbruch der Tradition, die Zurückdrängung des Geschichtsunterrichts und schließlich das Überhandnehmen maßloser Kritik an allen und jeglichen Institutionen unseres Staates.

Eine ungute Folge der überzogenen Verwissenschaftlichung, die in unseren Bildungsinstitutionen Einzug gehalten hat, ist die durch nichts zu rechtfertigende Überbetonung der akademischen Ausbildung und der akademischen Berufe. Ich bleibe dabei, es liegt nicht im Interesse der jungen Generation, wenn die Bildungspolitik am Ende dazu führt, daß einerseits die Wirtschaft nicht mehr weiß, woher sie den für sie lebensnotwendigen Facharbeiternachwuchs nehmen soll, während andererseits immer mehr ausgebildete Akademiker sich immer schwerer tun, mit ihrer Ausbildung überhaupt einen Arbeitsplatz zu finden.

Ich rede nicht einer bedarfsorientierten Bildungspolitik das Wort, aber ich wende mich dagegen, so zu tun, als ob nur eine akademische Ausbildung eine qualifizierende Ausbildung wäre.

Wer von den Arbeitern in unserer Gesellschaft immer nur als von den Ausgebeuteten und Unterdrückten spricht, verweigert ihnen die Anerkennung des Eigenwerts ihres Lebensstils. Als besonders befähigt darf in unseren Bildungseinrichtungen deshalb nicht länger nur derjenige gelten, der eine akademische Ausbildung absolviert hat, sondern genauso derjenige mit einem hohen Leistungsstand praktischer Berufsausbildung.

Zur Sache:

Der Teufelskreis der SPD/FDP Mit leichter Hand Geld ausgeben - Schulden machen - Steuern eintreiben.

Die CDU hat in den letzten Jahren wiederholt ihre Sorge um die Entwicklung im Bereich der Wirtschafts- und Finanzpolitik zum Ausdruck gebracht. Und in der Tat zeigt die heutige Lage:

- Die Arbeitslosigkeit wächst in einem beängstigendem Maße.
- Die Wirtschaft befindet sich in einem rapiden Abschwung.
- Die Preise steigen unvermindert an.
- In 24 Monaten verminderten sich die in drei Jahrzehnten angesammelten ausländischen Geldvorräte (Devisenreserven) um ein Drittel.

Was SPD und FDP vor den Wahlen als „Krisengerede und Panikmache“ abgewertet haben, müssen sie nach den Wahlen als düstere Zukunftsperspektiven eingestehen.

Der Staat befindet sich im Zustand weitgehender finanzieller Handlungsunfähigkeit. Das ist die Folge der Schuldenwirtschaft der vergangenen Jahre:

Schulden des Bundes

1969: 45 Mrd. DM

1975: 107 Mrd. DM

1980: 226 Mrd. DM

Unter der SPD/FDP-Regierung hat sich die Verschuldung des Bundes

verfünffacht. Dennoch hält die Bundesregierung, insbesondere SPD-Bundeskanzler Schmidt, vom Sparen am richtigen Platz sehr wenig. Während der Bundeskanzler 1981 für sein eigenes Amt die Ausgaben um 7,5% erhöht, sind im Etat für die Sozialausgaben nur 2,8% mehr vorgesehen. Das zeigt überdeutlich, wer in den Augen der SPD/FDP-Bundesregierung die Last der verfehlten Wirtschafts- und Finanzpolitik tragen soll.

Was SPD und FDP beim Sparen an Entschlußfreudigkeit und Erfindungsreichtum vermissen lassen, wird bei Steuer- und Abgabenerhöhungen wettgemacht:

- höhere Mineralölsteuer
- höhere Branntweinsteuer
- höhere Rentenversicherungsbeiträge.

Die SPD/FDP-Koalition ist nicht mehr in der Lage, die Bundesrepublik Deutschland in eine gesicherte Zukunft zu führen; vielmehr werden die Chancen für die Zukunft immer mehr verspielt.

Die CDU wird durch eine konsequente Politik der Sozialen Marktwirtschaft den Herausforderungen der 80er Jahre begegnen. Denn wir wissen: Eine gute, zuverlässige Wirtschaftspolitik ist die beste Sicherung der Vollbeschäftigung.

CDU
**/// sicher
sozial
und frei**

UNION BETRIEBS GMBH
5300 BONN
ARGELANDERSTRASSE 173
POSTVERTRIEBSSTOCK
Z 8398 C
GEBÖHR BEZAHLT

Wichtiger Hinweis zum 29. Bundesparteitag

Berichtigung der Tagesordnung — Änderung der Antragsfristen

Infolge eines Übermittlungsfehlers wurden im UiD 3/81 vom 29. Januar 1981 bei der vorgesehenen Tagesordnung für den 29. Bundesparteitag zwei Tagesordnungspunkte vertauscht. Die Tagesordnung muß richtig lauten:

Tagesordnungspunkt 15

Antrag des Bundesvorstandes
Arbeitsprogramm: „Aufgaben der 80er Jahre“

Tagesordnungspunkt 16

Wohnungsbaupolitik

Mit Schreiben vom 29. Januar 1981 hat der Generalsekretär die Vorstände der CDU-Landesverbände, der CDU-Kreisverbände und der Bundesvereinigungen über eine Änderung der Antragsfrist zu den Tagesordnungspunkten 15 und 16 informiert. Der Bundesvorstand hat am 26. Januar 1981 das Präsidium beauftragt, am 9. Februar 1981 auf der Basis der vorliegenden Entwürfe die

endgültige Fassung der vorgenannten Anträge zu verabschieden. Sofort im Anschluß an diese Sitzung werden die beiden Vorstandsvorlagen den antragsberechtigten Gliederungen zugestellt, damit in den darauffolgenden beiden Wochen noch Änderungs- und Ergänzungsanträge hierzu an die CDU-Bundesgeschäftsstelle geschickt werden können.

Aufgrund dieser Geschäftslage ist der Bundesvorstand bereit, alle bis einschließlich Montag, 23. Februar 1981, 24.00 Uhr, bei der Bundesgeschäftsstelle eingehenden Anträge zu diesen beiden Tagesordnungspunkten noch dem Bundesparteitag vorzulegen; er wird ferner den Bundesparteitag bitten, bei der Beschlußfassung über die Tagesordnung zu beschließen, bei der Behandlung der Anträge zu Tagesordnungspunkt 15 und 16 auf die Einhaltung der Antragsfrist zu verzichten und alle bis 23. Februar 1981, 24.00 Uhr, eingegangenen Anträge als rechtzeitig gestellt anzusehen.

Für alle anderen Anträge (TOP 17 — sonstige Anträge) endet die Antragsfrist satzungsgemäß (§ 5 Absatz 1 der Geschäftsordnung der CDU) am Montag, 9. Februar 1981, 24.00 Uhr.

Union in Deutschland — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. **Für den Inhalt verantwortlich:** Heinz Winkler, 5300 Bonn, Konrad-Adenauer-Haus, Telefon (02 28) 54 41. **Verlag:** Union Betriebs GmbH, 5300 Bonn, Argelanderstraße 173, Telefon (02 28) 22 10 81. **Vertrieb:** Telefon (02 28) 5 44 - 3 04. **Verlagsleitung:** Peter Müllenbach, Dr. Uwe Lüthje. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto-Nr. 7 504 152, BLZ 380 500 00, Postscheckkonto Köln, Nr. 2214 31-502, BLZ 370 100 50. **Abonnementspreis** jährlich 40,- DM. **Einzelpreis** 1,- DM. **Druck:** VVA-Druck, Düsseldorf.

UiD